

Verordnung des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen über Garagen und Stellplätze (Garagenverordnung – GaVO)

vom 7. Juli 1997 (GBl. S. 332),

zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 12. Juni 2025 (GBl. Nr. 53)



Stand 28. Juni 2025

INHALT

Einführung zur Garagenverordnung /GaVO)	2
Aktuelle Änderung von bauordnungsrechtlichen Vorschriften 2025	2
Änderung von bauordnungsrechtlichen Vorschriften 2020/2021	2
Frühere Änderungen der Garagenverordnung	2
Text der Garagenverordnung – GaVO	
Inhaltsübersicht	4
Verordnungstext	5

Hinweis:

Der in diesem Merkblatt abgedruckte Verordnungstext wurde von der amtlichen Fassung der Verkündung übernommen. Die Angaben erfolgen ohne Gewähr. Die amtliche Fassung ist im Gesetzblatt für Baden-Württemberg (GBl.) bzw. dem Gemeinsamen Amtsblatt (GABl.) veröffentlicht. Diese Verkündungsblätter können beim Verlag Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH (Tel.: 0711/66601-44, Fax: 0711/66601-34) oder digital unter <https://vd-bw.boorberg.de> bezogen werden. Verkündungsblätter und der Text der Verordnung sind auch im Internet unter www.landesrecht-bw.de abrufbar.

Informationen des zuständigen Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen abrufbar unter

<http://www.mlw.baden-wuerttemberg.de> > **Bauen & Wohnen** > **Baurecht** > **Erlasse und Vorschriften**

Die Architektenkammer übernimmt keine Haftung und Gewähr für den Inhalt und die Angaben sowie die unter den Links aufgeführten Inhalte und Angaben. Die Ausführungen können keine individuelle anwaltliche Rechtsberatung ersetzen.

Einführung zur Garagenverordnung (GaVO)

Bauliche Anlagen sind nach der Landesbauordnung Baden-Württemberg LBO so anzuordnen und zu errichten, dass die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit oder die natürlichen Lebensgrundlagen, nicht bedroht werden und dass sie ihrem Zweck entsprechend ohne Missstände benutzbar sind (§ 3, Abs. (1) LBO). Zur Verwirklichung dieser allgemeinen Anforderungen kann die oberste Baurechtsbehörde gemäß § 73 Abs. (1) LBO durch Rechtsverordnung Vorschriften erlassen über die nähere Bestimmung allgemeiner Anforderungen in den §§ 4 bis 37 LBO oder besondere Anforderungen oder Erleichterungen, die sich aus der besonderen Art oder Nutzung von Sonderbauten nach § 38 für deren Errichtung, Unterhaltung und Nutzung ergeben. Die Garagenverordnung ist eine derartige Vorschrift und trifft Regelungen über die öffentlich-rechtlichen Mindestanforderungen an Garagenbauten.

Eventuell darüber hinausgehende – privatrechtlich erforderliche – Anforderungen, um eine angemessene Funktionstüchtigkeit und Nutzbarkeit für den konkreten Einzelfall zu gewährleisten sind jedoch nicht Bestandteil der bauordnungsrechtlichen Regelungen der Garagenverordnung und gegebenenfalls zusätzlich zu berücksichtigen.

Aktuelle Änderung von bauordnungsrechtlichen Vorschriften 2025

Die derzeitige Garagenverordnung basiert im Wesentlichen auf der zur Neufassung der Landesbauordnung 1996 komplett überarbeiteten und 1997 veröffentlichten Fassung, die nun zum fünften Mal an aktuelle Erfordernisse angepasst wurde.

Das „Gesetz für das schnellere Bauen“ vom 18. März 2025 hat die bisherigen Regelungen der Ausführungsverordnung zur Landesbauordnung LBOAVO direkt in die Paragraphen der LBO integriert und die LBOAVO aufgehoben. Dies machte eine Anpassung von Bezügen bzw. Paragraphenverweisen in der Garagenverordnung erforderlich, die mit der Verordnung vom 12. Juni erfolgten und zum 28. Juni 2025 in Kraft traten. Materielle Änderungen waren damit nicht verbunden.

Die bisher offene und durch die Garagenverordnung nicht direkt geregelte Frage der Unterbringung von Fahrrädern in Garagen bzw. die Zulässigkeit von Fahrradstellplätzen dort ist durch eine entsprechende Ergänzung der Begriffsdefinition der Landesbauordnung selbst nun eindeutig geklärt: „... Garagen sind Gebäude oder Gebäudeteile zum Abstellen von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern. ...“ (§ 2 Absatz 8 LBO) Auch davor war das Abstellen von Fahrrädern in Garagen jedoch bereits nach dem Willen des Gesetzgebers wohl so als möglich angesehen: siehe z.B. Landtagsdrucksache 16/6293 zur Änderung der Landesbauordnung im Jahr 2019.

Änderung von bauordnungsrechtlichen Vorschriften 2020/2021

Durch die „Zweite Verordnung des Wirtschaftsministeriums zur Änderung bauordnungsrechtlicher Verordnungen“ vom 8. Dezember 2020, veröffentlicht im Gesetzblatt für Baden-Württemberg Nr. 45 am 22. Dezember 2020, wurde neben sechs weiteren Vorschriften wie der Ausführungsverordnung LBOAVO oder der Versammlungsstättenverordnung auch die Garagenverordnung geringfügig angepasst. Außer einer marginalen redaktionellen Änderung in § 3 Absatz 4 Satz 1 (aus „weniger als“ wurde „bis“) betreffen die neuen Regelungen den Brandschutz bei unterirdischen Geschossen bzw. Garagen, das Abstellen von gewerblich genutzten Kraftfahrzeugen und die Prüfvorschriften.

Bei unterirdischen Garagen müssen Wände, Decken, Dächer und Stützen nun nicht mehr nur feuerbeständig sein, sondern auch aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen (§ 6 Abs. 3 Nr. 3).

Die Regelungen zu Feuerlöschanlagen in § 12 Abs. 1 und 2 beziehen sich bei Großgaragen nun nicht mehr auf „Geschosse, deren Fußboden im Mittel mehr als 4 m unter der Geländeoberfläche liegt“ sondern auf unterirdische Geschosse. Eine Definition, was ein unterirdisches Geschoss ist, fehlt jedoch im baden-württembergischen Baurecht. Dies hat die Architektenkammer auch bereits in ihrer Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Entwurf der Änderungsverordnung bemängelt.

Positiv gesehen wird allerdings, dass nun „Kraftfahrzeuge [die] dem Transport von Personal, Arbeitsgerät oder Arbeitsmaterial dienen“ in anderen Räumen als Garagen abgestellt werden dürfen, wenn „die Räume keine erhöhte Brandgefahr aufweisen.“ (§ 12 Abs. 2 Nr. 2) Durchaus praxisgerecht kann so das Unterstellen von betrieblichen Transportfahrzeugen auch in anderweitig genutzten Betriebsräumen, insbesondere in Lagern und Werkhallen zugelassen werden.

§ 16 Abs. 1 Satz 2 sieht nun eine einheitliche Wiederholung der Prüfungen durch die anerkannte Sachverständige für die Prüfung technischer Anlagen und Einrichtungen nach Bauordnungsrecht alle drei Jahre vor.

Diese Änderungen der Garagenverordnung traten am 1. Februar 2021 in Kraft.

Frühere Änderungen der Garagenverordnung

Die „Neunte Verordnung des Innenministeriums zur Anpassung des Landesrechts an die geänderten Geschäftsbereiche und Bezeichnungen der Ministerien“ vom 23. Februar **2017** hatte lediglich die Bezeichnung des zuständigen Ministeriums geändert.

Auch die „Achte Verordnung des Innenministeriums zur Anpassung des Landesrechts an die geänderten Geschäftsbereiche und Bezeichnungen der Ministerien (9. Anpassungsverordnung) vom 25. Januar **2012** hatte wiederum lediglich die Änderung der Bezeichnung des zuständigen Ministeriums zum Inhalt.

Die Novellierung der Landesbauordnung Baden-Württemberg zum 1. März 2010 führte unter anderem das Gebäudeklassensystem der Musterbauordnung ein. Aufgrund dessen und im Nachgang dazu erfolgte eine Neufassung der Ausführungsverordnung zur Landesbauordnung LBO-AVO und die oberste Baubehörde musste mit Änderungsverordnung vom 5. Januar **2011** auch weitere bauordnungsrechtliche Vorschriften einschließlich der Garagenverordnung überarbeiten. Die Neufassung der LBO-AVO machte zunächst eine grundsätzliche redaktionelle Überarbeitung der Garagenverordnung erforderlich, um die Paragraphenverweise auf die LBO-AVO anzupassen. Dabei wurde die Gelegenheit genutzt, auch Ergänzungen hinsichtlich der geometrisch-organisatorischen Anforderungen an Garagenbauten vorzunehmen. So wurde in § 2, Abs. (3) eine praxisgerechte Zufahrtsregelung für gering frequentierte Großgaragen eingefügt. In den Vorschriften zur Ausbildung von Rampen in § 3 wurden nun auch in der Garagenverordnung selbst die sich aus den geometrischen Gegebenheiten des Fahrzeugverkehrs ergebenden Selbstverständlichkeiten wie Fahrspuraufweitung für Kurvenfahrten oder Ausrundungen an Neigungsübergängen aufgenommen. In § 4 wurde für Stellplätze am Ende von Fahrgassen die zur Nutzung erforderliche größere Einfahrtsbreite vorgeschrieben (Abs. (3)) sowie ein Mindestanteil von Stellplätzen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen in allgemein zugänglichen Großgaragen (Abs. (9)). Die übrigen neuen Anforderungen waren dem Brandschutz und dem Feuerwehrwesen geschuldet:

- Mechanischer Schutz und für die Feuerwehr zugängliche Absperrvorrichtungen bei Leitungen für brennbare Stoffe bzw. elektrische Leitungen mit einer Spannung ab 1 000 Volt (§ 5). Für die geforderten Absperrvorrichtungen war bei bestehenden geschlossenen Mittel- und Großgaragen eine Nachrüstpflicht bis 31.12.2014 festgesetzt.
- erweiterte Anforderungen für Feuerlöschanlagen und Brandmeldeanlage (§ 12)
- die Möglichkeit, Feuerwehrpläne zu fordern, sofern in Garagen Leitungen für brennbare Stoffe oder elektrische Leitungen mit einer Spannung ab 1 000 Volt geführt werden (§ 13).

Die Regelungen zum Wegfall der bautechnischen Prüfung wurden redaktionell, insbesondere an das Gebäudeklassenkonzept angepasst. Die Voraussetzungen wurden hinsichtlich der Berücksichtigung von Garagen bzw. unterirdischer Bauteile etwas verschärft. Außerdem wurde eine Klausel angefügt, nach der die zuständige Baurechtsbehörde abweichend eine bautechnische Prüfung verlangen kann, insbesondere wenn eine Beeinträchtigung einer benachbarten baulichen Anlage oder öffentlicher Verkehrsanlagen zu erwarten ist oder wenn es wegen des Schwierigkeitsgrads der Konstruktion oder wegen schwieriger Baugrund- oder Grundwasserverhältnisse erforderlich ist. Dafür kann sie nun im regulären Verfahren auch auf die bautechnische Prüfung verzichten, soweit sie die bautechnischen Anforderungen aus der Erfahrung beurteilen kann. (§§ 18 und 19)

Text der Garagenverordnung – GaVO

Verordnung des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen über Garagen und Stellplätze vom 7. Juli 1997 (GBl. S. 332),,

geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 5. Januar 2011 (GBl. S. 25),
geändert durch Artikel 223 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. S. 65)
geändert durch Artikel 131 der Verordnung vom 23. Februar 2017 (GBl. S. 99)
geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 8. Dezember 2020 (GBl. S. 1182)
zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 12. Juni 2025 (GBl. Nr. 53)

Inhaltsübersicht	Seite
§ 1 Begriffe	5
§ 2 Zu- und Abfahrten	5
§ 3 Rampen	6
§ 4 Stellplätze und Fahrgassen, Frauenparkplätze	6
§ 5 Lichte Höhe und Leitungen	7
§ 6 Wände, Decken, Dächer und Stützen	7
§ 7 Rauchabschnitte, Brandabschnitte	8
§ 8 Verbindung mit anderen Räumen	9
§ 9 Rettungswege	9
§ 10 Beleuchtung	9
§ 11 Lüftung	10
§ 12 Feuerlöschanlagen, Rauch- und Wärmeabzug, Brandmeldeanlagen	11
§ 13 Zusätzliche Bauvorlagen, Feuerwehrpläne	11
§ 14 Betriebsvorschriften	11
§ 15 Abstellen von Kraftfahrzeugen in anderen Räumen als Garagen	12
§ 16 Prüfungen	12
§ 17 Besondere Anforderungen	13
§ 18 Ordnungswidrigkeiten	13
§ 19 Übergangsvorschriften	13
§ 20 Inkrafttreten	13

Auf Grund von § 73 Abs. 1 Nr. 1 und 3 und Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 8. August 1995 (GBl. S. 617) wird verordnet:

§ 1 Begriffe

- (1) Offene Garagen sind Garagen, die
 1. unmittelbar ins Freie führende unverschließbare Öffnungen in einer Größe von insgesamt mindestens einem Drittel der Gesamtfläche der Umfassungswände haben,
 2. diese Öffnungen in mindestens zwei sich gegenüberliegenden und nicht mehr als 70 m voneinander entfernten Umfassungswänden haben und
 3. eine ständige Querlüftung haben.
- (2) Geschlossene Garagen sind Garagen, die die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllen.
- (3) Oberirdische Garagen sind Garagen, deren Fußboden im Mittel nicht mehr als 1,5 m unter der Geländeoberfläche liegt.
- (4) Automatische Garagen sind Garagen ohne Personen- und Fahrverkehr, in denen die Kraftfahrzeuge mit mechanischen Förderanlagen von der Garagenzufahrt zu den Garagenstellplätzen befördert und ebenso zum Abholen an die Garagenausfahrt zurückbefördert werden.
- (5) Garagenstellplätze sind Flächen zum Abstellen von Kraftfahrzeugen in Garagen.
- (6) Verkehrsflächen einer Garage sind alle ihre allgemein befahr- und begehbaren Flächen, ausgenommen Garagenstellplätze.
- (7) Die Nutzfläche einer Garage ist die Summe aller miteinander verbundenen Flächen der Garagenstellplätze und der Verkehrsflächen. Die Nutzfläche einer automatischen Garage ist die Summe der Flächen aller Garagenstellplätze. Stellplätze auf Dächern (Dachstellplätze) und die dazugehörigen Verkehrsflächen werden der Nutzfläche nicht zugerechnet, soweit in § 2 Abs. 5 nichts anderes bestimmt ist.
- (8) Es sind Garagen mit einer Nutzfläche
 1. bis 100 m² Kleingaragen,
 2. über 100 m² bis 1000 m² Mittelgaragen,
 3. über 1000 m² Großgaragen.

§ 2 Zu- und Abfahrten

- (1) Zwischen Garagen und öffentlichen Verkehrsflächen können Zu- und Abfahrten als Stauraum für wartende Kraftfahrzeuge verlangt werden, wenn dies wegen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs erforderlich ist.
- (2) Die Fahrbahnen von Zu- und Abfahrten vor Mittel- und Großgaragen müssen mindestens 2,75 m breit sein; bei Kurven muss der Radius des inneren Fahrbahnrandes mindestens 5 m betragen. Breitere Fahrbahnen können in Kurven mit Innenradien von weniger als 10 m verlangt werden, wenn dies wegen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs erforderlich ist. Für Fahrbahnen im Bereich von Zu- und Abfahrtssperren genügt eine Breite von 2,3 m.
- (3) Großgaragen müssen getrennte Fahrbahnen für Zu- und Abfahrten haben. Bei Garagen mit geringer Frequenz kann im Einzelfall eine Trennung über zeitversetzte Richtungsfreigabe zugelassen werden.
- (4) Bei Großgaragen ist neben den Fahrbahnen der Zu- und Abfahrten ein mindestens 0,8 m breiter Gehweg erforderlich, soweit nicht für den Fußgängerverkehr besondere Fußwege vorhanden sind. Der Gehweg muss gegenüber der Fahrbahn erhöht oder mindestens durch Markierungen am Boden leicht erkennbar und dauerhaft abgegrenzt sein.
- (5) In den Fällen der Absätze 1 bis 4 sind die Dachstellplätze und die dazugehörigen Verkehrsflächen der Nutzfläche zuzurechnen.
- (6) Für Zu- und Abfahrten von Stellplätzen gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

§ 3 Rampen

- (1) Rampen von Mittel- und Großgaragen dürfen nicht mehr als 15 vom Hundert geneigt sein. Die Breite der Fahrbahnen auf diesen Rampen muss mindestens 2,75 m, die in gewendelten Rampenbereichen mindestens 3,5 m betragen. Gewendelte Rampenteile müssen eine Querneigung von mindestens 3 vom Hundert haben. Der Halbmesser des inneren Fahrbahnrandes muss mindestens 5 m betragen. Die Anforderungen an gewendelte Rampenbereiche gelten bezüglich Breite und Halbmesser des inneren Fahrbahnrandes entsprechend, wenn unmittelbar vor der Rampe eine Kurvenfahrt vorgesehen ist.
- (2) Zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und einer Rampe mit mehr als 10 vom Hundert Neigung muss eine Fläche von mindestens 3 m Länge liegen, deren Neigung nicht mehr als 10 vom Hundert betragen darf. Bei Rampen von Kleingaragen können Ausnahmen zugelassen werden, wenn keine Bedenken wegen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs bestehen.
- (3) In Großgaragen müssen Rampen, die von Fußgängern benutzt werden, einen mindestens 0,8 m breiten Gehweg haben, der gegenüber der Fahrbahn erhöht oder mindestens durch Markierungen am Boden leicht erkennbar und dauerhaft abgegrenzt sein muss. An Rampen, die von Fußgängern nicht benutzt werden dürfen, ist auf das Verbot hinzuweisen.
- (4) Bei Neigungswechseln mit einer Neigungsdifferenz von mehr als 8 Prozent und bis 15 Prozent ist bei Kuppen ein 1,5 m langer Übergangsbereich und bei Wannen ein 2,5 m langer Übergangsbereich vorzusehen, der die halbe Neigungsdifferenz aufweist. Neigungsdifferenzen werden bei gegenläufig geneigten Rampen durch Addition der jeweiligen Neigungen ermittelt. Bei Neigungsdifferenzen von über 15 Prozent ist die Befahrbarkeit durch eine geeignete Ausrundung sicherzustellen.
- (5) Für Rampen von Stellplätzen gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.
- (6) Kraftbetriebene geneigte Hebebühnen sind keine Rampen.

§ 4 Stellplätze und Fahrgassen, Frauenparkplätze

- (1) Garagenstellplätze müssen mindestens 5 m, hintereinander und parallel zur Fahrgasse angeordnete Garagenstellplätze mindestens 6 m lang sein.
- (2) Garagenstellplätze müssen mindestens 2,3 m breit sein. Diese Breite darf bis zu 0,1 m Abstand von jeder Längsseite der Stellplätze nicht durch Wände, Stützen, andere Bauteile oder Einrichtungen begrenzt sein. Satz 2 gilt nicht für Garagenstellplätze auf kraftbetriebenen Hebebühnen. Garagenstellplätze für Behinderte müssen mindestens 3,50 m breit sein.
- (3) Die Breite von Fahrgassen, die unmittelbar der Zu- oder Abfahrt von Garagenstellplätzen dienen, muss mindestens den Anforderungen der folgenden Tabelle entsprechen; Zwischenwerte sind zulässig:

Anordnung der Garagenstellplätze zur Fahrgasse im Winkel von	Erforderliche Fahrgassenbreite (in m) bei einer Breite des Garagenstellplatzes von		
	2,3 m	2,4 m	2,5 m
90°	6,5	6	5,5
75°	5,5	5	5
60°	4,5	4	4
45°	3,5	3	3
bis 30°	3	3	3

Für Stellplätze, die am Ende der Fahrgasse in einem Winkel von 90° angeordnet sind, muss die Einfahrtsbreite mindestens 2,75 m betragen. Vor kraftbetriebenen Hebebühnen müssen die Fahrgassen mindestens 8 m breit sein, wenn die Hebebühnen Fahrspuren haben oder beim Absenken in die Fahrgasse hineinragen.

- (4) Fahrgassen, die nicht unmittelbar der Zu- oder Abfahrt von Garagenstellplätzen dienen, müssen mindestens 2,75 m, Fahrgassen mit Gegenverkehr mindestens 5 m breit sein.

- (5) In Mittel- und Großgaragen sind die einzelnen Garagenstellplätze und die Fahrgassen mindestens durch Markierungen am Boden leicht erkennbar und dauerhaft gegeneinander abzugrenzen. In jedem Geschoss müssen leicht erkennbare und dauerhafte Hinweise auf Fahrtrichtungen und Ausfahrten vorhanden sein. Satz 1 gilt nicht für Garageneinstellplätze auf kraftbetriebenen Hebebühnen und auf horizontal verschiebbaren Plattformen.
- (6) Für Garagenstellplätze auf horizontal verschiebbaren Plattformen können Ausnahmen von den Absätzen 1 und 2 zugelassen werden, wenn keine Bedenken wegen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs bestehen und eine Breite der Fahrgasse von mindestens 2,75 m erhalten bleibt.
- (7) In Großgaragen sind die einzelnen Garagenstellplätze leicht erkennbar und dauerhaft durch Nummern, Markierungen oder durch andere geeignete Maßnahmen so zu kennzeichnen, dass abgestellte Kraftfahrzeuge in den einzelnen Geschossen ohne Schwierigkeiten wieder aufgefunden werden können.
- (8) In allgemein zugänglichen geschlossenen Großgaragen sind mindestens 10 vom Hundert der Stellplätze als Frauenparkplätze einzurichten. Diese sind ausschließlich der Benutzung durch Frauen vorbehalten. Frauenparkplätze sind in der Nähe der Zufahrten anzuordnen. Frauenparkplätze sind als solche zu kennzeichnen.
- (9) In allgemein zugänglichen Großgaragen sind 1 vom Hundert, mindestens aber zwei der Stellplätze als Stellplätze für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen einzurichten. Sie sind in der Nähe der barrierefreien Erschließung anzuordnen und zu kennzeichnen.
- (10) Die Absätze 1 bis 8 gelten nicht für automatische Garagen. Für Stellplätze gelten die Absätze 1 bis 6 entsprechend.

§ 5 Lichte Höhe und Leitungen

- (1) Mittel- und Großgaragen müssen in zum Begehen bestimmten Bereichen, auch unter Unterzügen, Lüftungsleitungen, sonstigen Bauteilen und Einrichtungen, eine lichte Höhe von mindestens 2 m haben. Dies gilt nicht für Garagenstellplätze auf kraftbetriebenen Hebebühnen. Leitungen für brennbare Stoffe und elektrische Leitungen mit einer Spannung ab 1000 Volt müssen vor mechanischen Beanspruchungen geschützt werden.
- (2) Wenn Leitungen für brennbare Stoffe oder elektrische Leitungen mit einer Spannung ab 1000 Volt durch geschlossene Mittel- und Großgaragen geführt werden, müssen diese Leitungen an einer für die Feuerwehr zugänglichen Stelle außerhalb der Garage abgesperrt werden können. Die Absperrvorrichtung darf gegen Missbrauch gesichert werden. Ist eine Brandmeldeanlage vorhanden, so ist die Absperrvorrichtung automatisch anzusteuern.

§ 6 Wände, Decken, Dächer und Stützen

- (1) Für Wände, Decken, Dächer und Stützen gelten die Anforderungen der §§ 27 bis 27b, 27d und 27e LBO, soweit in den Absätzen 2 bis 8 nichts anderes bestimmt ist. Befinden sich über Garagen Geschosse mit Aufenthaltsräumen und ergeben sich deshalb aus den §§ 27, 27a, 27c und 27d LBO, aus einer Regelung nach § 38 Abs. 1 LBO oder aus einer Rechtsverordnung auf Grund von § 73 Abs. 1 Nr. 2 LBO weitergehende Anforderungen, gelten insoweit anstelle der Absätze 2 bis 4 die weitergehenden Anforderungen.
- (2) Tragende Wände, Decken und Stützen von offenen Mittel- und Großgaragen müssen folgendes Brandverhalten aufweisen:
 - 1. keine Anforderungen bei Garagen in nicht mehr als einem Geschoss, auch mit Dachstellplätzen,
 - 2. nichtbrennbar bei sonstigen Garagen, soweit die tragenden Wände, Decken und Stützen nicht feuerbeständig sind.
- (3) Tragende Wände, Decken und Stützen von geschlossenen Mittel- und Großgaragen müssen folgendes Brandverhalten aufweisen:
 - 1. feuerhemmend bei oberirdischen Garagen in nicht mehr als einem Geschoss, auch mit Dachstellplätzen,
 - 2. feuerhemmend und aus nichtbrennbaren Baustoffen bei sonstigen oberirdischen Garagen,
 - 3. feuerbeständig und aus nichtbrennbaren Baustoffen bei unterirdischen Garagen.

- (4) Brandwände von Mittel- und Großgaragen nach § 27c Absatz 2 Nummer 1 LBO sind abweichend von § 27c Absatz 4 LBO mit einem Brandverhalten wie die tragenden Wände, mindestens feuerhemmend, aus nichtbrennbaren Baustoffen und ohne Öffnungen herzustellen.
- (5) Innenwände von Mittel- und Großgaragen müssen folgendes Brandverhalten aufweisen:
 1. bei Trennwänden notwendiger Treppenträume nichtbrennbar mit einem Feuerwiderstand wie die tragenden Wände, mindestens jedoch feuerhemmend,
 2. bei Trennwänden zwischen Garagen und nicht zur Garage gehörenden Räumen nichtbrennbar und mit einem Feuerwiderstand wie die tragenden Wände,
 3. bei anderen Wänden nichtbrennbar.
- (6) Befahrbare Dächer müssen abweichend von 27 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 und § 27d Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 LBO hinsichtlich ihres Brandverhaltens den Anforderungen an Decken entsprechen.
- (7) § 9 Abs. 6 LBOAVO findet auf Dächer von Kleingaragen und offenen Garagen keine Anwendung.
- (8) Untere Verkleidungen von Decken und Dächern müssen
 1. in Mittelgaragen mindestens schwerentflammbar,
 2. in Großgaragen nichtbrennbar sein; schwerentflammbare Verkleidungen sind zulässig, wenn sie überwiegend aus nichtbrennbaren Bestandteilen bestehen und unmittelbar unter der Decke oder dem Dach angebracht sind.

§ 7 Rauchabschnitte, Brandabschnitte

- (1) Geschlossene Großgaragen müssen durch mindestens feuerhemmende Wände aus nichtbrennbaren Baustoffen in Rauchabschnitte unterteilt sein, die
 1. in oberirdischen Garagen höchstens 5000 m²,
 2. in unterirdischen Garagen höchstens 2500 m²groß sein dürfen. Ein Rauchabschnitt darf sich über mehrere Geschosse erstrecken.
- (2) Die Rauchabschnitte nach Absatz 1 dürfen höchstens doppelt so groß sein, wenn sie
 1. Öffnungen oder Schächte für den Rauch- und Wärmeabzug mit einem freien Gesamtquerschnitt von mindestens 1000 cm² je Garagenstellplatz haben, die höchstens 20 m voneinander entfernt sind, oder
 2. maschinelle Rauch- und Wärmeabzugsanlagen haben, die sich bei Raucheinwirkung selbsttätig einschalten, die mindestens für eine Stunde einer Temperatur von 300° C standhalten, deren elektrische Leitungen bei Brandeinwirkung für mindestens die gleiche Zeit funktionsfähig bleiben und die in der Stunde einen mindestens zehnfachen Luftwechsel, jedoch nicht mehr als 70000 m³ gewährleisten; eine ausreichende Versorgung mit Zuluft muss vorhanden sein, oder
 3. Sprinkleranlagen haben.In sonst anders genutzten Gebäuden dürfen bei Garagengeschossen, deren Fußboden im Mittel mehr als 4 m unter der Geländeoberfläche liegt, die Rauchabschnitte nur dann verdoppelt werden, wenn sowohl Maßnahmen für einen Rauch- und Wärmeabzug nach Nummer 1 oder 2 durchgeführt werden, als auch Sprinkleranlagen nach Nummer 3 vorhanden sind.
- (3) Öffnungen in den Wänden zwischen den Rauchabschnitten müssen mit mindestens rauchdichten und selbstschließenden Abschlüssen aus nichtbrennbaren Baustoffen versehen sein. Die Abschlüsse müssen Feststellanlagen haben, die bei Raucheinwirkung ein selbsttätiges Schließen bewirken; sie müssen auch von Hand geschlossen werden können.
- (4) Automatische Garagen müssen durch Brandwände in Brandabschnitte von höchstens 6.000 m³ Brutto-Rauminhalt unterteilt sein. Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht für automatische Garagen.
- (5) § 27c Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 4 Satz 2 LBO gelten nicht für Garagen.

§ 8 Verbindung mit anderen Räumen

- (1) Kleingaragen dürfen mit anders genutzten Räumen sowie mit anderen Gebäuden unmittelbar nur durch Öffnungen mit mindestens dichtschießenden Türen verbunden sein; dies gilt nicht für Türen in Wänden, die keine Brandschutzanforderungen erfüllen müssen.
- (2) Offene Mittel- und Großgaragen dürfen mit nicht zur Garage gehörenden Räumen sowie mit anderen Gebäuden unmittelbar nur durch Öffnungen mit mindestens feuerhemmenden und selbstschließenden Türen verbunden sein.
- (3) Geschlossene Mittel- und Großgaragen dürfen verbunden sein
 1. mit Fluren, Treppenräumen und Aufzügen, die nicht nur der Garage dienen, nur durch Räume mit feuerbeständigen Wänden und Decken sowie mindestens feuerhemmenden und selbstschließenden, in Fluchtrichtung aufschlagenden Türen (Sicherheitsschleusen); zwischen Sicherheitsschleusen und Fluren oder Treppenräumen sowie Aufzugsvorräumen genügen selbstschließende und rauchdichte Türen, zwischen Sicherheitsschleusen und Aufzügen in Fahrschächten Fahrschachttüren.
 2. mit anderen Räumen sowie mit anderen Gebäuden unmittelbar nur durch Öffnungen mit mindestens feuerhemmenden und selbstschließenden Türen, soweit sich aus einer Regelung nach § 38 Abs. 1 LBO oder aus einer Rechtsverordnung auf Grund von § 73 Abs. 1 Nr. 2 LBO keine weitergehenden Anforderungen ergeben.
- (4) Automatische Garagen dürfen mit nicht zur Garage gehörenden Räumen sowie mit anderen Gebäuden nicht verbunden sein.

§ 9 Rettungswege

- (1) Jede Mittel- und Großgarage muss in jedem Geschoss mindestens zwei voneinander unabhängige Rettungswege nach § 15 Abs. 3 LBO haben. Der zweite Rettungsweg darf auch über eine Rampe führen. In oberirdischen Mittel- und Großgaragen genügt ein Rettungsweg, wenn ein Ausgang ins Freie in höchstens 10 m Entfernung erreichbar ist.
- (2) Von jeder Stelle einer Mittel- und Großgarage muss in jedem Geschoss mindestens eine notwendige Treppe oder ein Ausgang ins Freie
 1. bei offenen Mittel- und Großgaragen in einer Entfernung von höchstens 50 m,
 2. bei geschlossenen Mittel- und Großgaragen in einer Entfernung von höchstens 30 merreichbar sein. Die Entfernung ist in der Luftlinie, jedoch nicht durch Bauteile zu messen.
- (3) Bei oberirdischen Mittel- und Großgaragen, deren Garagenstellplätze im Mittel nicht mehr als 3 m über der Geländeoberfläche liegen, sind Treppenräume für notwendige Treppen nicht erforderlich.
- (4) In Mittel- und Großgaragen müssen dauerhafte und leicht erkennbare Hinweise auf die Ausgänge vorhanden sein.
- (5) Für Dachstellplätze gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend. Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht für automatische Garagen.

§ 10 Beleuchtung

- (1) In Mittel- und Großgaragen muss eine allgemeine elektrische Beleuchtung vorhanden sein, die in den Rettungswegen und den Fahrgassen eine Beleuchtungsstärke von mindestens 20 Lux sicherstellt.
- (2) In geschlossenen Großgaragen muss über die Anforderung in Absatz 1 hinaus zur Beleuchtung der Rettungswege vorhanden sein
 1. eine Sicherheitsbeleuchtung, die eine vom Versorgungsnetz unabhängige, bei Ausfall des Netzstroms sich selbsttätig einschaltende Ersatzstromquelle hat, die für einen mindestens einstündigen Betrieb und eine Beleuchtungsstärke von mindestens 1 Lux ausgelegt ist, oder
 2. nachleuchtende Markierungen, die für mindestens eine Stunde eine entsprechende Beleuchtungsstärke gewährleisten und leicht erkennbar zu den Ausgängen führen.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für automatische Garagen.

§ 11 Lüftung

- (1) Eine natürliche Lüftung ist ausreichend in
 1. Kleingaragen,
 2. offenen Mittel- und Großgaragen,
 3. geschlossenen Mittel- und Großgaragen mit geringem Zu- und Abgangsverkehr, wie Wohnhausgaragen, wenn sie den Anforderungen des Absatzes 2 entsprechen,
 4. geschlossenen Mittel- und Großgaragen mit geringem Zu- und Abgangsverkehr, wenn sie den Voraussetzungen des Absatzes 3 entsprechen.
- (2) In geschlossenen Mittel- und Großgaragen mit geringem Zu- und Abgangsverkehr ist eine natürliche Lüftung ausreichend, wenn eine ständige Querlüftung gesichert ist durch
 1. unverschießbare Lüftungsöffnungen oder bis zu 2 m hohe Lüftungsschächte jeweils mit einem freien Gesamtquerschnitt von mindestens 1500 cm² je Garagenplatz,
 2. einen Abstand der einander gegenüberliegenden Außenwände mit Lüftungsöffnungen oder Lüftungsschächten von höchstens 35 m und
 3. einen Abstand zwischen den einzelnen Lüftungsöffnungen oder Lüftungsschächten von höchstens 20 m.
- (3) Für geschlossene Mittel- und Großgaragen mit geringem Zu- und Abgangsverkehr, die den Anforderungen des Absatzes 2 nicht entsprechen, ist eine natürliche Lüftung ausreichend, wenn
 1. nach dem Gutachten eines anerkannten Sachverständigen nach § 1 der Verordnung des Wirtschaftsministeriums über anerkannte Sachverständige für die Prüfung technischer Anlagen und Einrichtungen nach Bauordnungsrecht (BauSVO) zu erwarten ist, dass der Halbstundenmittelwert des Volumengehalts an Kohlenmonoxyd in der Luft unter Berücksichtigung der regelmäßigen Verkehrsspitzen im Mittel nicht mehr als 100 ppm beträgt, und
 2. dies nach Inbetriebnahme auf der Grundlage von ununterbrochenen Messungen über einen Zeitraum von mindestens einem Monat von einem anerkannten Sachverständigen nach § 1 BauSVO bestätigt wird.
- (4) Maschinelle Abluftanlagen sind in geschlossenen Mittel- und Großgaragen erforderlich, soweit sich aus den Absätzen 2 und 3 nichts anderes ergibt. Die Zuluftöffnungen müssen so verteilt sein, dass alle Teile der Garage ausreichend gelüftet werden; bei nicht ausreichenden Zuluftöffnungen muss eine maschinelle Zuluftanlage vorhanden sein.
- (5) Die maschinellen Abluftanlagen sind so zu bemessen, dass der Halbstundenmittelwert des Volumengehalts an Kohlenmonoxyd in der Luft, gemessen in einer Höhe von 1,5 m über dem Fußboden, nicht mehr als 100 ppm beträgt. Diese Forderung gilt als erfüllt, wenn die Abluftanlagen
 1. in Garagen mit geringem Zu- und Abgangsverkehr mindestens 6 m³,
 2. in anderen Garagen mindestens 12 m³ Abluft in der Stunde je m² Garagennutzfläche abführen können.

Für Garagen mit regelmäßig besonders hohen Verkehrsspitzen, wie Garagen für Versammlungsstätten, kann im Einzelfall ein rechnerischer Nachweis darüber verlangt werden, dass die Forderung nach Satz 1 erfüllt ist; der Nachweis ist durch einen nach § 1 BauSVO anerkannten Sachverständigen zu erbringen.
- (6) Maschinelle Abluftanlagen müssen in jedem Lüftungssystem mindestens zwei gleich große Ventilatoren haben, die bei gleichzeitigem Betrieb zusammen den erforderlichen Gesamtvolumenstrom erbringen. Jeder Ventilator einer maschinellen Zu- oder Abluftanlage muss aus einem eigenen Stromkreis gespeist werden, an dem andere elektrische Anlagen nicht angeschlossen werden dürfen. Soll das Lüftungssystem zeitweise nur mit einem Ventilator betrieben werden, müssen die Ventilatoren so geschaltet sein, dass sich bei Ausfall eines Ventilators der andere selbsttätig einschaltet.
- (7) Geschlossene Großgaragen mit nicht nur geringem Zu- und Abgangsverkehr müssen CO-Anlagen zur Messung und Warnung (CO-Warnanlagen) haben. Die CO-Warnanlagen müssen so beschaffen sein, dass die Benutzer der Garagen bei einem CO- Gehalt der Luft von mehr als 250 ppm über ein akustisches Signal und durch Blinkzeichen dazu aufgefordert werden, die Motoren abzustellen. Die CO-Warnanlagen müssen an eine Ersatzstromquelle angeschlossen sein.

- (8) In geschlossenen Mittel- und Großgaragen müssen an der Zufahrt und in jedem Geschoss leicht erkennbar und dauerhaft folgende Hinweise vorhanden sein:
»Abgase gefährden die Gesundheit. Vermeiden Sie längeren Aufenthalt!«.
- (9) Die Absätze 1 bis 8 gelten nicht für automatische Garagen.

§ 12 Feuerlöschanlagen, Rauch- und Wärmeabzug, Brandmeldeanlagen

- (1) Großgaragen müssen in unterirdischen Geschossen und in oberirdischen Geschossen, deren Fußboden im Mittel mehr als 15 m über der Geländeoberfläche liegt, in unmittelbarer Nähe jedes Treppenraumzugangs eine Löschwasseranlage »nass«, »trocken« oder »nass/trocken« haben. Auf Wandhydranten kann im Einvernehmen mit der Brandschutzdienststelle verzichtet werden.
- (2) Unterirdische Geschosse von Großgaragen müssen
 - 1. Öffnungen oder Schächte für den Rauch- und Wärmeabzug mit einem freien Gesamtquerschnitt von mindestens 1000 cm² je Garagenstellplatz haben, die höchstens 20 m voneinander entfernt sind, oder
 - 2. maschinelle Rauch- und Wärmeabzugsanlagen haben, die sich bei Raucheinwirkung selbsttätig einschalten, die mindestens für eine Stunde eine Temperatur von 300° C standhalten, deren elektrische Leitungen bei Brandeinwirkung für mindestens die gleiche Zeit funktionsfähig bleiben und die in der Stunde einen mindestens zehnfachen Luftwechsel, jedoch nicht mehr als 70 000 m³ gewährleisten; eine ausreichende Versorgung mit Zuluft muss vorhanden sein, oder
 - 3. Sprinkleranlagen haben.
- (3) Automatische Garagen mit mehr als 20 Stellplätzen müssen Sprinkleranlagen haben. Bei automatischen Garagen mit weniger als 20 Stellplätzen, bei kraftbetriebenen Hebebühnen, mit denen Kraftfahrzeuge übereinander angeordnet werden können, und bei von der Fahrgasse durch Abschlüsse abgetrennten Stellplätzen sind nichtselbsttätige Feuerlöschanlagen vorzusehen, deren Art im Einzelfall im Benehmen mit der für den Brandschutz zuständigen Stelle festzulegen ist, wenn innerhalb der Garage nicht alle Stellplätze in jedem Betriebszustand mit einem Löschmittel erreichbar sind.
- (4) Geschlossene Mittel- und Großgaragen müssen Brandmeldeanlagen haben, wenn sie in Verbindung mit baulichen Anlagen oder Räumen stehen, für die Brandmeldeanlagen erforderlich sind.

§ 13 Zusätzliche Bauvorlagen, Feuerwehrpläne

- (1) Bauvorlagen für Mittel- und Großgaragen müssen zusätzliche Angaben enthalten über:
 - 1. die Zahl, Abmessung und Kennzeichnung der Garagenstellplätze und Fahrgassen (§ 4 Abs.1 bis 8),
 - 2. die maschinellen Rauchabzugsanlagen (§ 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, § 12 Abs. 2 Nr. 2),
 - 3. die Feuerlöschanlagen (§ 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, § 12 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 3),
 - 4. die Beleuchtung der Rettungswege (§ 10 Abs. 2),
 - 5. die maschinellen Zu- und Abluftanlagen (§ 11 Abs. 4 und 5),
 - 6. die CO-Warnanlagen (§ 11 Abs. 7).
- (2) Soweit es für den Einsatz der Feuerwehr erforderlich ist, können bei geschlossenen Großgaragen Feuerwehrpläne verlangt werden mit Angaben über:
 - 1. die Zufahrten und die Löschwasserversorgung auf dem Grundstück,
 - 2. die Angriffswege für die Feuerwehr im Gebäude,
 - 3. die Art und Lage der Feuerlöschanlagen, der maschinellen Rauchabzugsanlagen sowie erforderlicher Absperrvorrichtungen.

Auch bei geschlossenen Mittelgaragen können Feuerwehrpläne verlangt werden, soweit es für den Einsatz der Feuerwehr erforderlich ist, wenn Leitungen für brennbare Stoffe oder elektrische Leitungen mit einer Spannung ab 1000 Volt durch diese Garagen geführt werden. Weitere Angaben können verlangt werden, wenn dies zur Beurteilung des Vorhabens erforderlich ist.

§ 14 Betriebsvorschriften

- (1) Maschinelle Abluftanlagen müssen so betrieben werden, dass der Halbstundenmittelwert des Volumengehalts an Kohlenmonoxyd in der Luft unter Berücksichtigung der regelmäßig zu erwartenden Verkehrsspitzen, gemessen in einer Höhe von 1,5 m über dem Fußboden, nicht mehr als 100 ppm beträgt. CO-Warnanlagen müssen ständig eingeschaltet sein.
- (2) In Kleingaragen dürfen bis zu 200 l Dieselkraftstoff und bis zu 20 l Benzin in dicht verschlossenen, bruch sicheren Behältern außerhalb von Kraftfahrzeugen aufbewahrt werden. In Mittel- und Großgaragen ist die Aufbewahrung von Kraftstoffen außerhalb von Kraftfahrzeugen unzulässig; andere brennbare Stoffe dürfen in diesen Garagen nur aufbewahrt werden, wenn sie zum Fahrzeugzubehör zählen oder der Unterbringung von Fahrzeugzubehör dienen.
- (3) Damit der Volumengehalt an Kohlenmonoxyd in der Luft durch einen unnötig langen Aufenthalt an Abfahrtsperren nicht erhöht wird, muss sichergestellt sein, dass in geschlossenen Großgaragen, deren Benutzung entgeltlich ist, die Entgelte entrichtet werden, bevor die abgestellten Kraftfahrzeuge die Garagenstellplätze verlassen.

§ 15 Abstellen von Kraftfahrzeugen in anderen Räumen als Garagen

- (1) Kraftfahrzeuge dürfen in Treppenträumen und allgemein zugänglichen Fluren nicht abgestellt werden.
- (2) Kraftfahrzeuge dürfen in sonstigen Räumen, die keine Garagen sind, nur abgestellt werden, wenn
 1. die Kraftfahrzeuge Arbeitsmaschinen sind oder
 2. die Kraftfahrzeuge dem Transport von Personal, Arbeitsgerät oder Arbeitsmaterial dienen und die Räume keine erhöhte Brandgefahr aufweisen oder
 3. die Räume der Instandsetzung, der Ausstellung oder dem Verkauf von Kraftfahrzeugen dienen oder
 4. die Räume Lagerräume sind, in denen Kraftfahrzeuge mit leeren Kraftstoffbehältern abgestellt werden, oder
 5. das Fassungsvermögen der Kraftstoffbehälter insgesamt nicht mehr als 12 l beträgt, Kraftstoff außer dem Inhalt der Kraftstoffbehälter in diesen Räumen nicht aufbewahrt wird und diese Räume keine Zündquellen oder leicht entzündliche Stoffe enthalten.

§ 16 Prüfungen

- (1) In geschlossenen Mittel- und Großgaragen müssen folgende Anlagen und Einrichtungen vor der ersten Inbetriebnahme und nach einer wesentlichen Änderung durch einen nach § 1 BauSVO anerkannten Sachverständigen auf ihre Wirksamkeit und Betriebssicherheit geprüft werden:
 1. die maschinellen Rauchabzugsanlagen (§ 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, § 12 Abs. 2 Nr. 2),
 2. die Feuerlöschanlagen (§ 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, § 12 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 3),
 3. die Sicherheitsbeleuchtung einschließlich Sicherheitsstromversorgung (§ 10 Abs. 2 Nr. 1),
 4. die maschinellen Zu- und Abluftanlagen (§ 11 Abs. 4 und 5),
 5. die CO-Warnanlagen einschließlich Sicherheitsstromversorgung (§ 11 Abs. 7).Die Prüfungen sind alle drei Jahre zu wiederholen.
- (2) Der Betreiber hat
 1. die Prüfungen nach Absatz 1 zu veranlassen,
 2. die hierzu nötigen Vorrichtungen und fachlich geeignete Arbeitskräfte bereitzustellen sowie die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten,
 3. die von dem Sachverständigen festgestellten Mängel unverzüglich beseitigen zu lassen und dem Sachverständigen die Beseitigung mitzuteilen sowie
 4. die Berichte über die Prüfungen mindestens fünf Jahre aufzubewahren und der Baurechtsbehörde auf Verlangen vorzulegen.
- (3) Der Sachverständige hat der Baurechtsbehörde mitzuteilen,
 1. wann er die Prüfungen nach Absatz 1 durchgeführt hat und
 2. welche hierbei festgestellten Mängel der Betreiber nicht unverzüglich hat beseitigen lassen.

§ 17 Besondere Anforderungen

Soweit die Vorschriften dieser Verordnung zur Verhinderung oder Beseitigung von Gefahren nicht ausreichen, können besondere Anforderungen gestellt werden

1. für Garagen oder Stellplätze, die für Kraftfahrzeuge mit einer Länge von mehr als 5 m und einer Breite von mehr als 2 m bestimmt sind,
2. für Garagen in Geschossen, deren Fußboden mehr als 22 m über der Geländeoberfläche liegt.

§ 18 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig nach § 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 14 Abs. 1 maschinelle Abluftanlagen nicht so betreibt, dass der dort genannte Wert des CO-Gehaltes der Luft eingehalten wird,
2. entgegen § 16 Abs. 1 die vorgeschriebenen Prüfungen nicht oder nicht rechtzeitig durchführen lässt.

§ 19 Übergangsvorschriften

- (1) Auf die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehenden Garagen sind die Betriebsvorschriften nach § 14 Abs. 1 und 2 sowie die Vorschriften über Prüfungen nach § 16 entsprechend anzuwenden.
- (2) Bei bestehenden geschlossenen Mittel- und Großgaragen müssen Absperrvorrichtungen für Leitungen nach § 5 Abs. 2 bis zum 31. Dezember 2014 nachgerüstet werden.

§ 20 Inkrafttreten *

- (1) Diese Verordnung tritt am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Verordnung des Innenministeriums über Garagen und Stellplätze (Garagenverordnung - GaVO) vom 13. September 1989 (GBl. S. 458 ber. S. 496) außer Kraft.

* Hinweis:

§ 20 bezieht sich auf die Erstveröffentlichung am 12. August 1997. Die „Verordnung des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen zur Änderung bauordnungsrechtlicher Verordnungen zur Anpassung an das Gesetz für das schnellere Bauen“ vom 12. Juni 2025, mit der zuletzt Änderungen an der Garagenverordnung erfolgten, trat am 28. Juni 2025 in Kraft.